**Pressemitteilung**

Zum Weltverbrauchertag: DIE LINKE fordert Abschaffung der sozialen Ungleichheit durch mehr Verbraucherschutz

Berlin, 15.03.2024

Bezug:

Anlagen:

**Ina Latendorf, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 1.823

Telefon: +49 30 227-73164

E-Mail : ina.latendorf@bundestag.de

**Funktionen:**

Agrarpolitische Sprecherin der Gruppe DIE LINKE im Bundestag

Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Mitglied im Ausschuss für Tourismus

**Wahlkreisbüro**

Dr. Felix Baumert

Domstr. 5

18273 Güstrow

0151 7017 1157

ina.latendorf.ma03@bundestag.de

„Der Weltverbrauchertag ist ein guter Anlass, die soziale Ungleichheit auch bei Verbraucherfragen zu thematisieren“, erklärt Ina Latendorf, Sprecherin für Verbraucherschutz der Gruppe DIE LINKE im Bundestag.

„Verbraucherinnen und Verbraucher“, so Ina Latendorf weiter, „sind nämlich nicht nur Kunden, sondern Individuen mit Lebensbedürfnissen, die allen garantiert werden müssen. Die Abschaffung der sozialen Ungleichheit beim Verbraucherschutz ist deshalb für uns LINKE eine elementare Forderung.“

Ina Latendorf erläutert:

„Ob derzeit hohe Dispozinsen von **17,2 Prozent, hohe Preise für Lebensmittel, exorbitante Mietpreise oder das Geschäft mit überteuerten Inkassokosten und eine schlechte Schufa-Bewertung: Gerade Menschen mit niedrigen Einkommen werden besonders gern abgezockt und haben unter den Teuerungen zu leiden. Das muss sich ändern! Der Zinsdeckel für Dispozinsen, sozialer Wohnungsbau, die Beachtung der realen Kosten für eine gesunde Ernährung für alle beim Bürgergeld sowie eine schnelle und umfassende Schuldnerberatung sind umgehend umzusetzen.“**

**Ina Latendorf stellt fest:** „Auch der Sachverständigenrat für Verbraucherfragen fordert in seinem kürzlich veröffentlichten Gutachten ‚Soziale Ungleichheit und Konsum in Deutschland‘ ([unter: http://www.svr-verbraucherfragen.de)](unter:%20http://www.svr-verbraucherfragen.de)), das Risiko einer zunehmend sozialen Ungleichheit beim Konsum zu berücksichtigen und wesentlich zu reduzieren. Das ist bei uns LINKEN schon lange Konsens.“